

Der Thatcherismus und die Schweiz

Autor(en): **Reich, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **68 (1988)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-164557>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Richard Reich

Der Thatcherismus und die Schweiz

Kein Zweifel, Margaret Thatcher ist in unserem Lande besonders respektiert, um nicht zu sagen populär. Das liegt zunächst einmal an der schweizerischen Denkart. Zumindest der deutschsprachige Teil unseres Landes hatte von jeher eine ausgeprägte Affinität zu Grossbritannien — zum England der Pioniere von moderner Industrie und Marktwirtschaft, zum Land des Parlamentarismus und jenes politischen Stils, in dem der politische Dialog nicht nur Show, sondern wirkliches Gespräch mit dem Zweck der politischen Wahrheits- oder doch wenigstens Entscheidungsfindung verkörpert. Die pragmatische Art des englischen Politikers stand und steht dem Schweizer sehr nahe. Liberalismus in unserem Lande hatte von jeher vieles gemeinsam mit dem Denken auch eines Edmund Burke.

Respekt vor gewachsenen Strukturen

Die schweizerischen Liberalen haben zwar den Bundesstaat von 1848 und die direkte Demokratie der Neuzeit begründet. Sie waren aber zugleich darauf bedacht, gewachsene Strukturen auch bei tiefgreifenden politischen Reformen so gut als möglich in die neuen Ordnungen zu integrieren. Die spektakulärste Illustration dafür ist wohl die Art, wie der Bürgerkrieg kurz vor der Bundesstaatsgründung von 1848 politisch bewältigt wurde: Die Tür wurde für die im kurzen Krieg unterlegenen Gegner der neuen Staatsform sofort weit geöffnet. Und sie wurde von diesen auch genützt. Die nationale Wiederversöhnung kam auf diese Weise in Rekordzeit zustande.

Aus diesem typischen Beispiel ergibt sich, dass die schweizerischen Liberalen nie Jakobiner waren und darum auch nie mit der Guillotine politisierten. Dafür werden wir auch heute noch von den Liberalen vieler kontinentaleuropäischer Staaten als im Grunde stockreaktionäre Liberalkonservative apostrophiert. Angesichts der Tatsache, dass wir trotz diesem schweren ideologischen «Makel» seit 1848 ununterbrochen massgeblich an der Regierung beteiligt sind, tragen wir diese Schelte aber mit Fassung. Wir tun dies im Bewusstsein, den Mangel an jakobinischem Radikalismus mit dauerhafter politischer Effizienz kompensiert zu haben.

Pragmatismus als politische Methode

Auf diesem Hintergrund hat uns das politische Schicksal Grossbritanniens immer besonders nahegestanden. Denn die politische Geistesverwandtschaft hatte mehr als nur Sympathie zur Folge. Sie war immer wieder die Basis auch für direkte Impulse. Unsere Generation hatte in der Schule noch gelernt, dass die Labour Party keine marxistische Partei sei, sondern bei allen Unterschieden zu den Liberalen und Konservativen doch auch ihrerseits keinen Utopien nachjage, sondern ebenfalls einen ausgeprägt pragmatischen Stil der Politik pflege. Und wir bedauerten gleichzeitig, dass die schweizerischen Sozialdemokraten demgegenüber «kontinentaleuropäisch», das heisst im Sinne des Marxismus auf eine «neue Gesellschaft neuer Menschen» ausgerichtet seien. Den Tendenzen zu einer «Sozialdemokratie ohne Marx» in den fünfziger Jahren machte die «68er Bewegung» ein allzu rasches Ende.

Zu unserem Leidwesen wurde dann Grossbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg trotz fehlender marxistischer Utopien zu einem Sozialstaat, dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Vergleich zu andern westlichen Industrienationen immer stärker zurückblieb. Zwar ist auch uns Schweizern nicht entgangen, dass die wachsende Misere nicht allein den verschiedenen Labourregierungen anzulasten war. Auch wir wissen, dass die materiellen Vorteile des kolonialen Empire längst zuvor zu einem gefährlichen Ruhekitzen geworden waren und dass die sympathische Lebensphilosophie des englischen Gentleman der industriellen Effizienz weniger förderlich war als etwa die arbeitswütige Frühaufsteher-Mentalität der Schweizer.

Wirtschaftliche Fehlentwicklungen

Doch wurden letzten Endes die Verstaatlichung und der vermeintlich fortschrittliche Extremausbau des englischen Sozialnetzes und Gesundheitswesens durch Labour für uns Schweizer Liberale immer mehr zu den entscheidenden Symbolen für eine wirtschaftliche Fehlentwicklung. Und diese Entwicklung ging uns sehr viel stärker unter die Haut als ähnliche Erscheinungen etwa in Skandinavien oder Holland. Dies nicht nur wegen der bereits zitierten schweizerischen Affinität zum englischen Pragmatismus, sondern weil Grossbritannien noch immer zu Recht im Rufe steht, die eigentliche historische Pioniermacht des industriellen Zeitalters zu sein. Auch in der ideellen Geschichte des Wirtschaftsliberalismus und der Marktwirtschaft sind es vor allem englische Philosophen und Wirtschaftstheoretiker, die in den Anfängen die entscheidenden Wertordnungen formuliert haben.

Das alles macht erst deutlich, warum die englische Entwicklung der letzten acht Jahre für uns Schweizer ganz besonders symbolträchtig war — symbolträchtiger als der gleichzeitige «Rechtstrend» in den USA oder gar im Fernen Osten. Die Entwicklung in Amerika wurde selbstverständlich ebenfalls genau verfolgt, aber unter der Perspektive: Wie stark ist die westliche Führungsmacht? Grossbritannien seinerseits wird als irgendwie vergleichbarer empfunden — bei allem Respekt vor dem viel grösseren Potential an wirtschaftlicher und politischer Macht im Vergleich zum schweizerischen Kleinstaat.

Symbolfigur der «Wende»

Natürlich hat es auch in andern westlichen Industrieländern starke Tendenzen gegeben, um die Wirtschaftspolitik und die Politik generell wieder vermehrt auf die Grundsätze und notwendigen Rahmenbedingungen einer liberalen Gesellschaft und Marktwirtschaft auszurichten. In Deutschland zum Beispiel ist in den letzten zehn Jahren vieles in dieser Richtung geschehen. Der Name Lambsdorff hat in diesem Zusammenhang Symbolkraft erhalten. Aber unter den Verhältnissen von Koalitionsregierungen sind die entsprechenden Vorgänge eben normalerweise zäh ausgehandelte Kompromisse und damit weniger spektakulär. Und sie sind auch in materieller Hinsicht meist weniger griffig. Die englischen und amerikanischen Regierungssysteme sind in dieser Beziehung übersichtlicher, und sie sind eben auch personifizierbarer.

So ist Frau Thatcher zur grossen Symbolfigur für eine grosse Wende geworden. Zwar wissen wir alle, dass sich der «neue Realismus» auch in England schon vor der Ära Thatcher abzuzeichnen begann. Bereits 1976 hatte die Labour-Regierung von Mr. Callaghan versucht, durch eine neue Geldmengen-Politik und durch eine Stabilisierung des Staatshaushalts einen Kurswechsel einzuleiten. Dies alles ist aber im grossen Schatten von Frau Thatcher längst in Vergessenheit geraten.

Thatcherismus — Was ist das?

Doch was ist nun eigentlich «Thatcherismus»? Wäre ich politischer Wissenschaftler, dann müsste ich jetzt zu einer Vorlesung über «Ismen» in unserer Zeit ansetzen. Und das wissenschaftliche Ergebnis wäre ohne Zweifel, dass der Thatcherismus genau genommen kein «Ismus» sei. Denn Frau Thatcher verkörpert keine Ideologie im exakten Sinn des Begriffs. Sie vertritt keine geschlossene Doktrin. Und selbst wenn man sich darauf eini-

gen könnte, dass sie als liberalkonservativ zu bezeichnen sei, müsste man per Saldo feststellen: Frau Thatcher ist weit davon entfernt, die reine Lehre eines Hayek oder Milton Friedman oder anderer Ordoliberaler in die politische Wirklichkeit umzusetzen. Sie nimmt diese Lehren als Leitplanken für einen Pragmatismus, der vor allem eines anstrebt: die direkte Wirkung.

«Thatcherismus» steht also mindestens so sehr für eine bestimmte politische Methode wie für bestimmte politische und wirtschaftliche Inhalte. Im Grunde liegt das entscheidende Merkmal des «Thatcherismus» gerade in der erfolgreichen Verbindung von bestimmten Zielvorgaben und sehr realpolitischen Methoden.

Es kann darum keine Rede davon sein, dass die Wirkung des Thatcherismus auf die Schweiz in der Übernahme oder Adaptierung einzelner wirtschaftspolitischer Programmteile besteht. Dazu ist das Bild der Wirtschaftspolitik von Frau Thatcher viel zu uneinheitlich, manchmal sogar zu widersprüchlich. Zudem sind die realen Vergleichsebenen auch viel zu unterschiedlich. Es geht hier auch nicht darum, einzelne ihrer Massnahmen konkret zu diskutieren. Auch ich weiss, dass ihr Programm der Reprivatisierung nicht nur Glanzlichter aufweist. Auch mir ist klar, dass das englische «Produktivitätswunder» der näheren Interpretation bedarf, und so weiter.

Das Entscheidende am Thatcherismus sind nicht statistische Erfolgszahlen. Das Entscheidende ist der Durchbruch zu einem Klimawandel, an den niemand mehr geglaubt hatte. Der Thatcherismus berührt sich hier mit dem Reaganismus. Der Wille zum Erfolg, der Unternehmungsgeist sind wieder zum Tragen gekommen. Das erklärte Ziel, die übertriebenen Sozialisierungen zu eliminieren oder zu dämpfen, ist wenigstens so weit erreicht worden, dass man von einem echten Wandel sprechen darf. Frau Thatcher hat Arbeit statt Musse, Selbsthilfe statt Subventionen gepredigt. Und sie hat sich damit wider alle Erwartung oder Befürchtung politisch nicht ruiniert. Sie hat den Kampf gegen die allgegenwärtige Macht der Gewerkschaften aufgenommen, und sie hat diese harte Bewährungsprobe entgegen aller Prognosen erfolgreich durchgestanden.

Was hat das mit der Schweiz zu tun?

Nun wird man sagen: Alles recht und gut, aber was hat das mit der Schweiz zu tun? Praktisch alles, was Frau Thatcher realisiert hat, ist in der Schweiz in der Tat nicht nötig. Die Gewerkschaften sind hier längst echte, von praktischer Vernunft geprägte Partner. Das Geldmengenproblem ist auch für uns wichtig, aber wir haben es schon lange im Griff. Der Sozialismus ist ein permanentes politisches Traktandum. Aber es wäre weit über-

trieben, wollte man behaupten, Staat und Gesellschaft der Schweiz seien in den letzten 40 Jahren in vergleichbarem Ausmass von ihm durchsetzt worden. Es gab und gibt auch keine Devisenbewirtschaftung, die abzuschaffen wäre. Und die Produktivitätszahlen der Schweiz würden für die englische Wirtschaft wohl auch nach weiteren acht Jahren Thatcher-Regierung schöne Träume bleiben.

Im Prolog zum «Faust» von Goethe heisst es: «Ihr Anblick gibt den Engeln Stärke.» Gemeint ist dort die Sonne, mit der Frau Thatcher bei aller Hochachtung nicht verglichen werden soll. Und auch die Gleichsetzung der Schweizer Liberalen mit Goethes Engeln wäre wohl etwas übertrieben, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass es bekanntlich nicht nur wohlgefällige, sondern auch gefallene Engel gibt. Aber das Zitat drückt trotzdem etwas aus, was der Wirkung des Thatcherismus auf die liberale Öffentlichkeit der Schweiz doch sehr nahe kommt.

Wir Schweizer leben in einem Land, das als ausserordentlich stabil gilt. Unsere Politik ist gediegen-langweilig. Wir sind massvoll, auch im Negativen. Wir machen nicht weniger Dummheiten als andere. Aber wir dosieren auch diese Dummheiten vernünftiger. Per Saldo läuft also fast alles besser als anderswo. Doch unsere Konkordanzdemokratie mit dem Kompromiss als dem ungeliebten, aber ebenso unentbehrlichen Hauptinstrument der Entscheidungsbildung war in den letzten 20 Jahren trotzdem immer wieder mit einem Malaise umgeben.

Überwindung von «Sachzwängen»

Die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gilt noch immer als liberal; aber sie weist unendlich viele Spuren kleiner Versündigungen wider den liberalen Geist auf. Das Malaise hat eine seiner Wurzeln in diesen, meist unscheinbaren Sünden, weil sie in ihrer Summierung den wohlbegründeten Verdacht erweckt haben, dass sich unser System auf diese Weise unvermerkt doch stärker wandle, als wir offiziell wahrhaben wollen. Wir haben uns immer wieder damit vor uns gerechtfertigt, dass dies eben gewissermassen politische Sachzwänge seien, dass man darum nicht dagegen ankomme.

Es ist Frau Thatchers grosse politische Leistung, dass sie unter schwierigsten Umständen das Gegenteil demonstriert hat. Sie hat scheinbar unwiderstehliche Sachzwänge gestoppt und die Weichen anders gestellt. Das hat auch auf unser Land ausgestrahlt. Unser Vielparteiensystem lässt sich zwar nach dem eindeutigen Willen des Volkes nicht ändern. Wir werden deshalb auch weiterhin lauter Minderheitsparteien haben, die im Spiel der wechselnden Mehrheiten dazu verdammt sind, von Kompromiss zu Kom-

promiss zu eilen. Aber der Thatcherismus hat unseren Glauben wieder gestärkt, dass es sich lohnt, mit offenem Visier zu kämpfen, dass unsere liberale Staats- und Wirtschaftsidee nach wie vor hochmodern und zukunftsfruchtig ist.

Mehr grundsätzliche Perspektiven in der Detailarbeit

Man darf feststellen, dass sich in den letzten Jahren einiges von diesem Geist auch in der gesetzgeberischen Arbeit des Parlaments niedergeschlagen hat. Zwar entstehen nach wie vor zu viele und zu komplizierte Gesetze. Aber in den grundsätzlichen Weichenstellungen ist es immer wieder gelungen, klarere liberale Strukturen durchzusetzen. Das ist von aussen nicht immer registriert worden. Denn nicht nur die Gesetze sind komplexer als früher; auch unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft sind viel komplizierter geworden. Der Teufel sitzt deshalb mehr denn je im Detail. Es gilt für uns liberale Politiker, in dieser Detailarbeit immer wieder grundsätzliche Perspektiven einzubringen.

Dies ist gegenwärtig besonders wichtig im Bereich der Umweltpolitik. Es ist eine der grossen Aufgaben dieser achtziger Jahre, die Umweltprobleme nicht *gegen* die Marktwirtschaft zu lösen, sondern *mit* ihr. Durch Tschernobyl und Schweizerhalle ist das Klima dazu zumindest vorübergehend härter geworden. Dies darf uns aber nicht davon abbringen, klaren Kurs zu halten.

Liberalismus, wie wir ihn verstehen, bedeutet, dass die politische Freiheit und die Freiheit des Marktes sich gegenseitig bedingen, dass sie eine unlösliche Einheit bilden. Markt und Eigeninitiative sind die entscheidende Basis für jeden weiteren Fortschritt. Dieser wirtschaftliche Fortschritt hat auch eine eminent soziale Komponente. Denn nur durch ihn bleibt der moderne Sozialstaat bezahlbar. Hierin treffen sich Thatcherismus und schweizerischer Liberalismus auch im weiteren, parteiübergreifenden Sinn. Das Verständnis für diese Positionen ist in der Öffentlichkeit weit stärker als noch vor 10 Jahren. Es liegt an den Politikern, aber auch an der Wirtschaft, durch entsprechende Leistungen dafür zu sorgen, dass dieses liberale Klima nicht nur erhalten bleibt, sondern noch weiter verstärkt wird.